

# Insolvenzrecht

Keller

2. Auflage 2020  
ISBN 978-3-8006-4863-4  
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Ulrich Keller | Insolvenzrecht

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Insolvenzrecht

Von  
Ulrich Keller  
Professor an der  
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

2., völlig neu bearbeitete Auflage 2020

beck shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitervorschlag: *Keller* InsR Rn.

# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.vahlen.de](http://www.vahlen.de)

ISBN Print 978 3 8006 4863 4

ISBN E-Book 978 3 8006 5827 5

© 2020 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg

  
vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

# Vorwort

Dem Insolvenzrecht wird aus zweierlei Gründen von Studierenden der Rechtswissenschaften mit Ehrfurcht begegnet. Zum einen ist es ein seit Inkrafttreten der Insolvenzordnung von zahlreichen Reformen gepeinigtes Rechtsgebiet, bei welchem kaum der Überblick behalten werden kann. Zum anderen erscheint es als besonders schwieriges Rechtsgebiet, weil es fast alle sonstigen Rechtsgebiete beeinflusst und zudem auch noch betriebswirtschaftliche Aspekte beinhaltet. Wie bereits im Vorwort der ersten Auflage erwähnt, ähnelt es dem Glasperlenspiel in *Hermann Hesses* gleichnamigem Roman, bei welchem alle wissenschaftlichen Erkenntnisse in das jährlich stattfindende Spiel eingewoben werden, wobei *Hermann Hesse* den Leser darüber im Unklaren lässt, was genau der Inhalt des Glasperlenspiels ist.

Das vorliegende Lehrbuch will den Studierenden nicht im Unklaren lassen. Es beinhaltet in einer systematischen wie auch chronologischen Herangehensweise sämtliche Aspekte des Insolvenzrechts und des Insolvenzverfahrens. Wichtig ist hierbei, dass die Zusammenhänge mit anderen und Ausstrahlungswirkungen auf andere Rechtsgebiete berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für das so genannte materielle Insolvenzrecht wie auch das Insolvenzverfahren. Nur wer das Grundsystem des Insolvenzrechts versteht, kann auch seine Spielarten begreifen. In der aktuellen rechtspolitischen Diskussion wird das Insolvenzrecht zumeist als Instrument der Unternehmenssanierung begriffen, alles scheint hierauf ausgerichtet. Zu wenig wird dabei beachtet, dass auch die Sanierung als Verfahrensziel in das allgemeine Insolvenzrecht eingebettet sein muss, um einerseits eine Gleichbehandlung der Gläubiger zu gewährleisten und andererseits alle Verfahrensbeteiligten, auch den Schuldner oder Inhaber von Mitgliedschaftsrechten, angemessen zu berücksichtigen.

Die zweite Auflage fängt die Entwicklungen im Insolvenzrecht bis zum Frühjahr 2020 ein. Eingearbeitet sind die Änderungen des Gesetzes zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen aus dem Jahre 2012, die Reform der Restschuldbefreiung aus dem Jahre 2014, die Reform der Insolvenzanfechtung aus dem Jahre 2017, das Konzerninsolvenzrecht und das internationale Insolvenzrecht mit einem Ausblick auf die EU-Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen.

Das Buch beinhaltet neben zahlreichen Übersichten mehr als 130 Beispielsfälle aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Dabei sind insbesondere die in der Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (BGHZ) aufgenommenen Entscheidungen berücksichtigt. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs prägt vor allem im Anfechtungsrecht das Insolvenzrecht nachhaltig. Mit der Einbindung älterer Literatur und Rechtsprechung auch zum früheren Konkursrecht wird gezeigt, dass die Insolvenzordnung nicht singulär aus dem Nichts geschaffen wurde. Sie bildet heute den Rahmen für ein Insolvenzrecht, das seit dem römischen Recht in seinen Grundzügen besteht.

Berlin, im April 2020

*Ulrich Keller*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	IX
<b>Verzeichnis der Muster und Übersichten</b> .....	XXXV
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXXVII
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	XLI
<b>1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts</b> .....	1
1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben .....	1
2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens .....	25
<b>2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens</b> .....	165
3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren .....	165
4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren .....	235
<b>3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht</b> .....	281
5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung .....	281
6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung .....	317
7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse .....	329
8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung .....	343
9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung .....	387
10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse .....	405
11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung .....	487
<b>4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten</b> .....	561
12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren .....	561
13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung .....	609
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren .....	627
15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren .....	667
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	695



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Verzeichnis der Muster und Übersichten .....	XXXV
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXVII
Literaturverzeichnis .....	XLI
<b>1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts</b> .....	<b>1</b>
1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben .....	1
I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts .....	1
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben .....	1
a) Das Insolvenzrecht als Folge wirtschaftlichen Handelns .....	1
b) Der Zweck und die Funktionen des Insolvenzverfahrens .....	3
c) Der Verfahrensablauf im Regelinsolvenzverfahren .....	5
aa) Das Insolvenzeröffnungsverfahren .....	5
bb) Die Aufgaben des Insolvenzverwalters .....	5
cc) Die Feststellung der Forderungen und die Erlösverteilung .....	6
dd) Das Insolvenzplanverfahren .....	7
ee) Das Verfahren der Eigenverwaltung .....	7
2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken .....	8
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts .....	9
1. Die Bedeutung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung .....	9
2. Das Altertum und das römische Recht .....	9
a) Die Ansätze einer insolvenzrechtlichen Rechtspraxis im Orient .....	9
b) Das römische Privatrecht .....	10
aa) Die Personalexekution des Legisaktionenverfahrens .....	10
bb) Die Vermögensexekution im Formularprozess .....	10
3. Die europäischen Entwicklungen und die Neuzeit .....	11
a) Das italienische Statutarrecht der frühen Neuzeit .....	11
b) Der Konkursprozess nach <i>Salgado de Samoza</i> .....	12
4. Die Entwicklung des gemeinrechtlichen deutschen Konkurses .....	13
a) Der Einfluss des italienischen Statutarrechts auf deutsche Handelsstädte .....	13
b) Die landesrechtlichen Regelungen in der Neuzeit .....	13
c) Das so genannte gemeinrechtliche Konkursverfahren .....	14
5. Von der Reichskonkursordnung zur Insolvenzrechtsreform .....	15
a) Die Entstehung der Konkursordnung für das Deutsche Reich .....	15
b) Die Vergleichsordnung und die Gesamtvollstreckungsordnung .....	17
6. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung .....	18
a) Die Insolvenzrechtsreform bis 1999 .....	18
b) Die weiteren Änderungen der Insolvenzordnung .....	20
2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens .....	25
I. Das Insolvenzgericht .....	25
1. Allgemeine Vorüberlegungen .....	25
a) Das Insolvenzverfahren als gerichtliches Verfahren .....	25
b) Die Gewährung des rechtlichen Rahmens durch das Insolvenzgericht .....	25
2. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts .....	26
a) Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts .....	26

b)	Die örtliche Zuständigkeit	28
aa)	Die Zuständigkeit nach dem allgemeinen Gerichtsstand des Schuldners	28
bb)	Die Zuständigkeit nach dem Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit	29
cc)	Der Kompetenzkonflikt bei mehrfacher Zuständigkeit	30
dd)	Die Ausschließlichkeit der örtlichen Zuständigkeit	31
ee)	Die besondere örtliche Zuständigkeit im Nachlassinsolvenzverfahren	31
c)	Die funktionelle Zuständigkeitsverteilung am Insolvenzgericht	32
aa)	Die Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	32
bb)	Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger	32
3.	Die Aufgaben des Insolvenzgerichts	34
a)	Die allgemeine Leitung des Insolvenzverfahrens	34
b)	Die Stellung des Gerichts gegenüber dem Insolvenzverwalter	35
aa)	Das allgemeine Aufsichtsrecht des Insolvenzgerichts	35
bb)	Die Entlassung aus dem Amt	37
c)	Die Stellung des Gerichts gegenüber den Gläubigern	38
4.	Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts	43
a)	Die subsidiäre Geltung der Zivilprozessordnung	43
b)	Der Grundsatz der Amtsermittlung	43
c)	Die Vornahme von Zustellungen im Insolvenzverfahren	44
d)	Die öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren	45
aa)	Die Bewirkung der öffentlichen Bekanntmachung	45
bb)	Die Wirkungen der öffentlichen Bekanntmachung	46
e)	Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde	47
aa)	Die Beschwerde als allgemeines Rechtsmittel	47
bb)	Die besondere Anfechtbarkeit von Rechtspflegerentscheidungen	47
f)	Die Gewährung rechtlichen Gehörs	48
aa)	Rechtliches Gehör und Anhörung	48
bb)	Die Gewährung rechtlichen Gehörs in Einzelfällen	48
g)	Die Anwendung kostenrechtlicher Vorschriften	49
aa)	Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens	49
bb)	Die Kostentragungspflicht im Insolvenzverfahren	50
cc)	Die Gewährung der Kostenstundung	50
II.	Der Schuldner im Insolvenzverfahren	51
1.	Die Insolvenzverfahrensfähigkeit	51
a)	Der Begriff der Insolvenzverfahrensfähigkeit	51
b)	Die natürliche Person als Schuldner	52
aa)	Der Grundsatz der Insolvenzverfahrensfähigkeit	52
bb)	Die Unterscheidung zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenz	53
c)	Die juristische Person als Schuldner	54
d)	Die Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit als Schuldner	56
f)	Die insolvenzverfahrensfähigen Sondervermögen	57
aa)	Das Nachlassinsolvenzverfahren	57
bb)	Das internationale Insolvenzrecht	58
g)	Die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts	59
2.	Die allgemeinen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	60
a)	Die vermögens-, familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	60
aa)	Die vermögensrechtlichen Wirkungen im Überblick	60
bb)	Die familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	60

b)	Die handels- und gesellschaftsrechtlichen Wirkungen . . . . .	63
aa)	Die handelsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung . .	63
bb)	Die gesellschaftsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung . . . . .	63
cc)	Die Vollbeendigung der Gesellschaft im Insolvenzverfahren	64
dd)	Die Geltendmachung der persönlichen Haftung bei Personengesellschaften . . . . .	66
ee)	Die Auflösung der Gesellschaft in der Gesellschafterinsolvenz	67
ff)	Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	67
c)	Die staatsbürgerlichen und standesrechtlichen Folgen der Insolvenz . . . . .	71
3.	Die Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren . . . . .	72
a)	Die allgemeine Auskunftspflicht des Schuldners . . . . .	72
b)	Die Mitwirkungspflicht gegenüber dem Insolvenzverwalter . . . . .	73
c)	Die Präsenzpflcht des Schuldners . . . . .	73
d)	Die Durchsetzung der Schuldnerpflichten durch das Insolvenzgericht . . . . .	73
4.	Die Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren . . . . .	74
a)	Die allgemeinen Verfahrensrechte . . . . .	74
b)	Das Recht auf Unterhaltsgewährung . . . . .	75
5.	Die Bildung der Insolvenzmasse . . . . .	76
a)	Der Schuldner als Rechtsträger der Insolvenzmasse . . . . .	76
b)	Die Insolvenzmasse als Haftungsobjekt der Insolvenzgläubiger . .	76
c)	Die Bildung der Insolvenzmasse nach § 35 und § 36 InsO . . . . .	77
aa)	Das Vermögen des Schuldners im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung . . . . .	77
bb)	Das der Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen . . . . .	79
cc)	Der so genannte Neuerwerb . . . . .	80
dd)	Die Besonderheiten bei laufenden Bezügen des Schuldners . .	81
ee)	Bedingt pfändbare Bezüge nach § 850b ZPO . . . . .	83
ff)	Das Pfändungsschutzkonto nach § 850k ZPO . . . . .	83
gg)	Das Handelsgeschäft oder die freiberufliche Praxis des Schuldners . . . . .	84
hh)	Die so genannte Freigabe der selbstständigen Tätigkeit nach § 35 Abs. 2 InsO . . . . .	86
d)	Die Insolvenzmasse in den Sonderinsolvenzen . . . . .	89
aa)	Die Insolvenzmasse bei der Gütergemeinschaft nach § 37 InsO . . . . .	89
bb)	Die Insolvenzmasse im Nachlassinsolvenzverfahren . . . . .	89
e)	Der Streit um die Massezugehörigkeit . . . . .	89
f)	Die Freigabe einzelner Massegegenstände durch den Insolvenzverwalter . . . . .	90
III.	Der Insolvenzverwalter . . . . .	91
1.	Die Bedeutung des Insolvenzverwalters . . . . .	91
a)	Der Insolvenzverwalter als zentrale Person des Verfahrens . . . . .	91
b)	Die Rechtsstellung gegenüber anderen Verfahrensbeteiligten . . . . .	92
2.	Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht	93
a)	Die sachlichen und persönlichen Anforderungen an den Insolvenzverwalter . . . . .	93
b)	Vorauswahllisten und konkrete Bestellung . . . . .	95
c)	Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	96
d)	Die Bestellung des Insolvenzverwalters mit Insolvenzeröffnung . .	96
e)	Die Auswahl des Sachwalters im Eigenverwaltungsverfahren . . . . .	96
3.	Die Wahl des Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung . . . . .	97

a)	Die Wahl des Insolvenzverwalters als Ausfluss der Gläubigerautonomie .....	97
b)	Die Voraussetzungen der Verwalterwahl .....	98
c)	Die Bestätigung des Insolvenzverwalters durch das Gericht .....	99
4.	Der Beginn und das Ende des Verwalteramtes .....	100
a)	Die Annahme des Verwalteramtes .....	100
b)	Die Beendigung des Amtes .....	100
5.	Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters .....	100
a)	Der Theorienstreit um das Verwalteramt .....	100
b)	Der Insolvenzverwalter als Partei kraft Amtes .....	101
c)	Der Insolvenzverwalter als spezifisches Vertretungsorgan des Schuldners .....	103
6.	Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick .....	103
a)	Die Inbesitznahme der Insolvenzmasse .....	103
b)	Die Pflicht zur Inventarisierung und Bilanzierung der Insolvenzmasse .....	104
c)	Die handels- und steuerrechtlichen Buchführungspflichten .....	105
d)	Die Verwertung der Insolvenzmasse .....	106
e)	Der Insolvenzverwalter als Unternehmer .....	107
f)	Die Pflicht zur Forderungserfassung und Forderungsprüfung .....	107
g)	Die Verteilung der Insolvenzmasse .....	107
7.	Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern .....	108
8.	Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters .....	108
a)	Die Haftung im Rahmen der Erfüllung insolvenzrechtlicher Pflichten .....	108
b)	Die besondere Haftung gegenüber Massegläubigern .....	110
9.	Die Vergütung des Insolvenzverwalters .....	111
a)	Der Anspruch des Insolvenzverwalters auf angemessene Vergütung .....	111
b)	Das Grundsystem der Vergütungsgewährung .....	112
aa)	Die Bestimmung der Insolvenzmasse als Berechnungsgrundlage .....	112
bb)	Die Bestimmung der so genannten Regelvergütung .....	112
cc)	Die Erhöhung oder Kürzung der Vergütung .....	113
dd)	Der Ersatz von Auslagen und Umsatzsteuer .....	114
c)	Das Verfahren der Vergütungsgewährung .....	114
d)	Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	114
e)	Die Vergütung sonstiger Organe des Insolvenzverfahrens .....	114
IV.	Die Gläubiger im Insolvenzverfahren .....	115
1.	Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick .....	115
2.	Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens .....	117
a)	Der Grundsatz des § 53 InsO .....	117
b)	Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO .....	117
c)	Die sonstigen Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 1 InsO .....	118
aa)	Die Verbindlichkeiten aus Handlungen des Insolvenzverwalters .....	118
bb)	Die Verbindlichkeiten aus der Erfüllung gegenseitiger Verträge .....	119
cc)	Die Verbindlichkeiten aus ungerechtfertigter Bereicherung .....	120
d)	Die weiteren Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens .....	120
aa)	Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzeröffnungsverfahrens .....	120
bb)	Die übrigen Masseverbindlichkeiten .....	123
e)	Die Beteiligung der Massegläubiger am Insolvenzverfahren .....	123
3.	Die Insolvenzgläubiger .....	124

a) Die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO . . . . .	124
aa) Die Definition des Insolvenzgläubigers . . . . .	124
bb) Besondere Arten von Insolvenzforderungen . . . . .	126
cc) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners . . . . .	128
b) Die nachrangigen Insolvenzforderungen nach § 39 InsO . . . . .	129
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO . . . . .	131
a) Die systematische Einordnung von Aussonderung und Absonderung . . . . .	131
b) Das Aussonderungsrecht nach § 47 InsO . . . . .	132
c) Die Ersatzaussonderung nach § 48 InsO . . . . .	134
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49ff. InsO . . . . .	136
a) Grundsätze zum Absonderungsrecht . . . . .	136
b) Die Absonderungsrechte an Grundstücken nach § 49 InsO . . . . .	137
c) Die Absonderungsrechte an beweglichen Gegenständen nach § 50 InsO . . . . .	138
d) Die sonstigen Absonderungsrechte nach § 51 InsO . . . . .	139
e) Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt . . . . .	140
aa) Die Verwaltungstreuhand . . . . .	140
bb) Die Sicherungsübereignung . . . . .	141
cc) Der Eigentumsvorbehalt . . . . .	142
f) Die Ersatzabsonderung analog § 48 InsO . . . . .	142
g) Die Verwertung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	142
aa) Die Verwertung beweglicher Gegenstände, § 166 InsO . . . . .	143
bb) Die Erlösverteilung nach §§ 170ff. InsO . . . . .	145
cc) Die Verwertung durch den Gläubiger . . . . .	146
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren . . . . .	147
a) Individual- und Kollektivbefugnisse . . . . .	147
b) Antrags- und Initiativrechte . . . . .	147
c) Beteiligungsrechte und Einspruchsrechte . . . . .	148
d) Anhörungsrechte und Beschwerdebefugnis . . . . .	148
7. Die Gläubigerversammlung als Organ der Gläubigergemeinschaft . . . . .	149
a) Die Gläubigerversammlung im Regelinsolvenzverfahren . . . . .	149
b) Die Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung . . . . .	150
c) Die Einberufung und Leitung der Gläubigerversammlung . . . . .	151
d) Die Beschlussfassung der Gläubiger . . . . .	153
8. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan . . . . .	158
a) Die Rechtsstellung des Gläubigerausschusses . . . . .	158
b) Die Einsetzung des Gläubigerausschusses . . . . .	159
aa) Die Einsetzung durch die Gläubigerversammlung . . . . .	159
bb) Die Zulässigkeit eines Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren . . . . .	159
cc) Die Zusammensetzung des Gläubigerausschusses . . . . .	160
c) Die Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses . . . . .	161
aa) Die allgemeine Aufgabenstellung des § 69 InsO . . . . .	161
bb) Die Zustimmungspflichten nach §§ 160ff. InsO . . . . .	161
cc) Antrags- und Initiativrechte . . . . .	162
dd) Zusammenkunft und Beschlussfassung . . . . .	162
<b>2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens . . . . .</b>	<b>165</b>
3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	165
I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens . . . . .	165
1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens . . . . .	165
2. Das Antragsersfordernis des § 13 InsO . . . . .	166

a)	Der Antragsgrundsatz des § 13 InsO	166
b)	Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Insolvenzantrag	167
3.	Die Stellung des Insolvenzantrags durch den Schuldner und durch einen Gläubiger	168
a)	Der Insolvenzantrag des Schuldners	168
aa)	Das Recht zur Antragstellung	168
bb)	Die inhaltlichen Anforderungen an den Insolvenzantrag	169
cc)	Der Insolvenzantrag bei juristischen Personen und Personengesellschaften	169
dd)	Die Insolvenzantragspflicht bei beschränkter Haftung der Insolvenzmasse	170
b)	Der Insolvenzantrag eines Gläubigers	174
aa)	Das Recht zur Antragstellung	174
bb)	Die Anforderungen an einen Insolvenzantrag des Gläubigers nach § 14 InsO	176
cc)	Die Schadensersatzpflicht des Gläubigers bei mutwilliger Antragstellung	178
dd)	Die Stellung mehrerer Insolvenzanträge gegen den Schuldner	179
c)	Die Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	179
d)	Die Rücknahme des Insolvenzantrags	179
aa)	Die Antragsrücknahme bis zur Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	179
bb)	Die Erledigung des Insolvenzantrags in der Hauptsache	180
4.	Die Prüfung der Zulässigkeit des Insolvenzantrags durch das Gericht	181
a)	Die Prüfung der Zulässigkeit durch das Insolvenzgericht	181
b)	Die Maßnahmen nach Zulassung des Insolvenzantrags	182
aa)	Die Anhörung des Schuldners beim Gläubigerantrag nach § 14 Abs. 2 InsO	182
bb)	Die Mitwirkungspflicht des Schuldners nach § 20 Abs. 1 InsO	182
II.	Die Prüfung des Insolvenzgrundes nach § 16 InsO	183
1.	Der Amtsermittlungsgrundsatz im Insolvenzeröffnungsverfahren	183
a)	Die Prüfung der Begründetheit des Insolvenzantrags	183
b)	Die Beauftragung eines Sachverständigen im Insolvenzeröffnungsverfahren	183
2.	Die Insolvenzgründe der §§ 17ff. InsO	187
a)	Der allgemeine Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO	187
aa)	Die Tatbestandsmerkmale der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 Abs. 2 S. 1 InsO	187
bb)	Die Zahlungseinstellung als gesetzliche Vermutung des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit	193
b)	Die drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO	193
c)	Die Überschuldung als weiterer Insolvenzgrund nach § 19 InsO	194
aa)	Der Anwendungsbereich des § 19 InsO	194
bb)	Die Definition der Überschuldung nach § 19 Abs. 2 InsO	195
III.	Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO	197
1.	Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO	197
2.	Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick	197
3.	Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO	201
a)	Die Anordnung des allgemeinen Verfügungsverbots	201
b)	Die Anordnung eines so genannten Zustimmungsvorbehalts	203

4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO . . . . .	204
a) Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters je nach Anordnung der Verfügungsbeeinträchtigung gegen den Schuldner	204
aa) Der so genannte starke vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 1 InsO . . . . .	205
bb) Der so genannte schwache vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 2 InsO . . . . .	208
b) Einzelne praktische Fragen der vorläufigen Insolvenzverwaltung	210
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO . . . .	212
a) Inhalt und Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO . . . . .	212
aa) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger . . . . .	213
bb) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Maßnahmen . . . . .	213
cc) Die Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach §§ 775, 776 ZPO . . . . .	215
b) Einzelne Fallgruppen der Zwangsvollstreckung bei Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen . . . . .	216
c) Keine Geltung des § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO bei Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen . . . . .	217
aa) Die Einstellung der Zwangsversteigerung nach § 30d Abs. 4 ZVG . . . . .	217
bb) Die Eintragung einer Sicherungshypothek nach §§ 866, 867 ZPO . . . . .	218
6. Die Anordnung einer einstweiligen Postsperre nach § 21 Abs. 2 Nr. 4 mit § 99 InsO . . . . .	220
7. Die Anordnung eines Herausgabe- und Verwertungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO . . . . .	220
8. Die Anordnung von Maßnahmen gegen die Person des Schuldners nach § 21 Abs. 3 InsO . . . . .	221
9. Das Verfahren der Anordnung laufender Sicherungsmaßnahmen . . . .	221
a) Der Ermessensspielraum des Insolvenzgerichts nach § 21 Abs. 1 S. 1 InsO . . . . .	221
b) Die Frage der Anhörung des Schuldners . . . . .	221
c) Die Wirksamkeit der Anordnung entsprechend § 27 Abs. 2 Nr. 3 InsO . . . . .	221
d) Die öffentliche Bekanntmachung und Eintragung in das Grundbuch nach § 23 InsO . . . . .	222
e) Die sofortige Beschwerde gegen die einstweiligen Anordnungen nach § 21 Abs. 1 S. 2 InsO . . . . .	223
10. Die Aufhebung der einstweiligen Sicherungsmaßnahmen . . . . .	223
IV. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens . . . . .	224
1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens . . . . .	224
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO . . . . .	225
a) Die Massekostendeckung nach §§ 26 und 54 InsO . . . . .	225
b) Der Massekostenvorschuss und die Kostenstundung . . . . .	226
c) Der Erlass des Abweisungsbeschlusses . . . . .	226
d) Die Wirkungen der Abweisung mangels Masse gegen den Schuldner . . . . .	227
aa) Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 26 Abs. 2 InsO . . . . .	227



bb) Die gesellschaftsrechtlichen Folgen der Abweisung mangels Masse	228
cc) Die Haftung des Schuldners bei Insolvenzantragspflicht nach § 26 Abs. 3 InsO	228
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO	228
a) Der Inhalt des Insolvenzeröffnungsbeschlusses nach § 27 Abs. 2 InsO	228
b) Die Mitteilung und Bekanntmachung der Insolvenzeröffnung an den Rechtsverkehr	230
c) Die sofortige Beschwerde gegen die Insolvenzeröffnung nach § 34 InsO	231
4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren	235
I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung	235
1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter	235
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht	235
a) Die Forderungsanmeldung und Forderungsprüfung	235
b) Die Durchführung der Verteilungen	236
II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen	236
1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren	236
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	237
a) Die Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	237
b) Die Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 174 Abs. 3 InsO	238
c) Keine Anmeldung von Masseverbindlichkeiten	238
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung	238
a) Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO	238
b) Die Form der Anmeldung	238
c) Der Adressat der Anmeldung	239
d) Der Inhalt der Forderungsanmeldung	239
aa) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung	239
bb) Die Angabe des Forderungsgrundes	240
cc) Die Angabe abgesonderter Befriedigung	240
e) Die Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung	240
4. Die Behandlung der Forderungsanmeldung	241
a) Die Vorprüfung der Forderungsanmeldung	241
b) Die Anlegung der Insolvenztabelle und Niederlegung bei Gericht nach § 175 Abs. 1 InsO	241
III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung	242
1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO	242
a) Der allgemeine Prüfungstermin als Gläubigerversammlung	242
b) Die Prüfung der angemeldeten Forderungen nach § 176 S. 2 InsO	242
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen	243
a) Die Alternativen der Feststellung oder des Bestreitens	243
b) Die Feststellung einer Insolvenzforderung	243
c) Das Bestreiten einer Forderung	245
aa) Das Recht, eine Forderung zu bestreiten	245
bb) Der Inhalt des Bestreitens	245
cc) Die Eintragung des Widerspruchs in die Insolvenztabelle	246
d) Die klageweise Feststellung einer Forderung nach Bestreiten	247
aa) Das Ergebnis der Forderungsprüfung nach § 178 InsO	247
bb) Die Feststellung einer bisher nicht durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	247
cc) Die Feststellung einer bereits durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	251

3.	Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO . . . . .	255
a)	Die Voraussetzungen des besonderen Prüfungstermins . . . . .	255
b)	Die Bestimmung des besonderen Prüfungstermins durch das Insolvenzgericht . . . . .	255
c)	Die schriftliche Forderungsprüfung . . . . .	256
4.	Die Anmeldung und Prüfung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung . . . . .	256
a)	Die Anmeldung nach § 174 Abs. 2 InsO . . . . .	256
b)	Das Bestreiten durch den Schuldner . . . . .	257
c)	Die Feststellung der Forderung im Klagewege . . . . .	257
d)	Die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung nach § 201 Abs. 2 InsO . . . . .	258
IV.	Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung . .	260
1.	Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung . . . . .	260
a)	Die Aufstellung des Verzeichnisses durch den Insolvenzverwalter . . . . .	260
aa)	Die Aufnahme der Insolvenzforderungen in das Verteilungsverzeichnis . . . . .	260
bb)	Die Berücksichtigung streitiger Insolvenzforderungen . . . . .	260
cc)	Die Berücksichtigung absonderungsberechtigter Insolvenzgläubiger . . . . .	261
dd)	Die Berücksichtigung bedingter Forderungen . . . . .	262
b)	Die Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis . . . . .	262
2.	Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO . . . . .	263
3.	Die Schlussverteilung nach § 196 InsO . . . . .	264
a)	Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung . . . . .	264
aa)	Die vollständige Verwertung der Insolvenzmasse . . . . .	264
bb)	Die Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts . . . . .	264
b)	Die Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis . . . . .	265
aa)	Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters . . . . .	265
bb)	Die Anforderungen an die Schlussrechnung und den Schlussbericht . . . . .	265
cc)	Die Vorlage des Schlussverzeichnisses . . . . .	266
c)	Das Prüfungsrecht und die Prüfungspflicht des Insolvenz- gerichts . . . . .	266
aa)	Der Umfang der gerichtlichen Prüfung . . . . .	266
bb)	Die Genehmigung der Schlussverteilung und die Anberaumung des Schlusstermins . . . . .	267
d)	Der Schlusstermin nach § 197 InsO . . . . .	267
aa)	Die Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters nach § 197 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	267
bb)	Die Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis nach § 197 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	268
cc)	Die Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände nach § 197 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	268
dd)	Die Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte . . . . .	268
e)	Die Vornahme der Schlussverteilung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	269
f)	Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 200 InsO . . . . .	269
4.	Die Nachtragsverteilung nach § 203 InsO . . . . .	269
a)	Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO . . . . .	269
b)	Die Anordnung der Nachtragsverteilung durch das Insolvenzgericht . . . . .	272

c)	Der Vollzug der Nachtragsverteilung durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO	272
5.	Die Einstellung des Insolvenzverfahrens aus sonstigen Gründen	273
a)	Die Arten der Verfahrenseinstellung im Überblick	273
b)	Die Einstellung wegen Masselosigkeit nach § 207 InsO	273
aa)	Die Einstellung wegen Masselosigkeit als Gegenstück zur Abweisung mangels Masse	273
bb)	Die Durchführung der Einstellung des Verfahrens	273
c)	Die Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit nach §§ 208 ff. InsO	274
aa)	Der Begriff der Masseunzulänglichkeit	274
bb)	Die Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter	275
cc)	Die Wirkung der Masseunzulänglichkeit gegenüber den Massegläubigern	276
dd)	Die Rangfolge der Masseverbindlichkeiten nach § 209 InsO	276
ee)	Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 211 ff. InsO	278
d)	Die Einstellung bei Wegfall des Eröffnungsgrundes nach § 212 InsO	278
e)	Die Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger nach § 213 InsO	278
<b>3. Teil.</b>	<b>Das so genannte materielle Insolvenzrecht</b>	<b>281</b>
5. Kapitel.	Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	281
I.	Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO	281
1.	Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung	281
2.	Der Begriff der Verfügungsbefugnis	281
a)	Die Systematik der Verfügungsbeeinträchtigungen	281
b)	Der Eintritt der Verfügungsentziehung mit Insolvenzeröffnung	283
3.	Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter	284
4.	Die Unwirksamkeit anderer Verfügungsverbote nach § 80 Abs. 2 InsO	284
a)	Die Arten von Veräußerungsverboten	284
b)	Die Wirksamkeit der Zwangsvollstreckung	285
II.	Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	285
1.	Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung	285
2.	Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	286
a)	Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit nach § 81 Abs. 1 S. 1 InsO	286
b)	Die Verfügungen über insolvenzfreies Vermögen	287
c)	Die Verfügungen eines Vertreters	288
3.	Die Verfügung über künftige Dienstbezüge nach § 81 Abs. 2 InsO	288
4.	Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter	289
a)	Die Geltendmachung des dinglichen Anspruchs	289
b)	Die Abwicklung der unwirksamen Verfügung im Ganzen	289
5.	Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO	290
a)	Der sonstige Tatbestand zum Rechtserwerb im Sinne des § 91 Abs. 1 InsO	290
b)	Der sonstige Tatbestand im Bereich des Fahrniserwerbs	291
aa)	Die Übereignung, Verpfändung und Abtretung von Gegenständen und Rechten der Insolvenzmasse	291
bb)	Der aufschiebend bedingte Rechtserwerb	293
cc)	Der Eigentumserwerb kraft gesetzlichen Tatbestandes	293

c) Die Unwirksamkeit von Verfügungen über Immobilienvermögen	294
aa) Die Übertragung des Eigentums am Grundstück	294
bb) Die Bestellung eines beschränkten dinglichen Rechts	295
cc) Die Bestellung einer Vormerkung	295
dd) Die Bestellung und Übertragung von Grundpfandrechten	297
III. Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners	300
1. Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners	300
2. Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB	301
3. Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO	302
a) Die allgemeinen Voraussetzungen des § 878 BGB	302
b) Der wirksame Erwerb des Eigentums am Grundstück	304
c) Der wirksame Erwerb der Vormerkung	305
d) Der wirksame Erwerb von Grundpfandrechten	305
4. Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb	306
a) Der gutgläubige Erwerb nach § 892 Abs. 1 S. 2 BGB	306
aa) Der gutgläubige Erwerb des Eigentums am Grundstück	308
bb) Der gutgläubige Erwerb der Vormerkung	310
cc) Der gutgläubige Erwerb von Grundstücksrechten	311
b) Kein gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen	313
5. Die Anfechtbarkeit des Rechtserwerbs durch den Insolvenzverwalter	313
6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung	317
I. Die Leistungserfüllung an den Schuldner	317
1. Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO	317
2. Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO	317
a) Die Leistung zur Insolvenzmasse	318
b) Die Leistung an den Schuldner selbst	318
aa) Die Leistung ohne Kenntnis der Insolvenzeröffnung	318
bb) Die Beweislastregel des § 82 S. 2 InsO	319
cc) Die Kenntnis des Drittschuldners bei Vornahme der Leistungshandlung	319
c) Die Geltung des § 82 InsO im bargeldlosen Zahlungsverkehr	320
aa) Die Insolvenz des Leistungsempfängers	320
bb) Die Insolvenz des Leistenden	322
3. Die Folgen unwirksamer Leistung	324
II. Die Leistung auf ein im Grundbuch eingetragenes Recht	326
1. Die Unterscheidung der Leistungsarten	326
a) Die Leistung auf ein Grundpfandrecht	326
b) Die Leistung auf eine Reallast	327
2. Die Anwendung der Gutgläubensvorschrift des § 892 BGB	327
7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse	329
I. Die Prozessunterbrechung nach § 240 ZPO	329
1. Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85ff. InsO	329
2. Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten	330
a) Zivilprozessuale Verfahren	330
b) Verwaltungsverfahren und Steuerfestsetzungsverfahren	330
3. Der Eintritt der Unterbrechungswirkung	331
a) Die Unterbrechung mit Verfahrenseröffnung	331
b) Die Rechtshängigkeit des Verfahrens	331
c) Die Unterbrechung bei Streitgenossenschaft	332
aa) Die Unterbrechung bei notwendiger und einfacher Streitgenossenschaft	332
bb) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	332

4. Die Wirkung der Unterbrechung . . . . .	333
a) Die Fristunterbrechung nach § 249 ZPO . . . . .	333
b) Die Unwirksamkeit von Prozesshandlungen . . . . .	333
c) Die Verkündung gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	333
II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO . . . . .	334
1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter . . . . .	334
a) Der Begriff des Aktivprozesses . . . . .	334
b) Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter . . . . .	334
c) Die Form der Aufnahme . . . . .	334
d) Die Kosten des Rechtsstreits . . . . .	335
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO . . . . .	336
a) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Insolvenzverwalter . . . . .	336
b) Freigabe der streitbefangenen Sache . . . . .	336
III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO . . . . .	336
1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche . . . . .	336
a) Der Begriff des Passivprozesses . . . . .	336
b) Aussonderung, Absonderung, Masseansprüche . . . . .	337
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil . . . . .	337
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis . . . . .	337
IV. Der Prozess wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO . . . . .	338
1. Keine Prozessaufnahme . . . . .	338
2. Anmeldung der Forderung zur Tabelle . . . . .	338
V. Exkurs: Die Prozessführung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	339
1. Praktische Fragen der Prozessführung . . . . .	339
2. Die Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter . . . . .	339
a) Die Anwendung des § 116 S. 1 Nr. 1 ZPO . . . . .	339
b) Die sachlichen Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskostenhilfe . . . . .	340
aa) Die Haftung der Insolvenzmasse . . . . .	340
bb) Die Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte . . . . .	340
8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung . . . . .	343
I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen . . . . .	343
1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen . . . . .	343
2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung . . . . .	343
II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen . . . . .	344
1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	344
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	344
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung . . . . .	345
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	345
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung . . . . .	345
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	346
III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung . . . . .	348
1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO . . . . .	348
a) Die von der Rückschlagsperre betroffenen Gläubiger . . . . .	348
aa) Die Insolvenzgläubiger und absonderungsberechtigten Gläubiger . . . . .	348
bb) Die Massegläubiger nach § 55 InsO . . . . .	349
b) Der zeitliche Umfang der Rückschlagsperre . . . . .	350
aa) Die Monatsfrist im Regelinsolvenzverfahren . . . . .	350
bb) Die Dreimonatsfrist im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	350
c) Die Sicherung des Gläubigers durch Zwangsvollstreckung . . . . .	351

aa) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen . . . . .	351
bb) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen . . . . .	353
2. Die Wirkungen der Rückschlagsperre . . . . .	354
a) Der Wegfall des Pfändungspfandrechts . . . . .	354
b) Die Unzulässigkeit von Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung . . . . .	354
c) Die Unwirksamkeit der Sicherungshypothek . . . . .	355
d) Die Unwirksamkeit bei Arrestvollziehung und einstweiliger Verfügung . . . . .	358
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter . . . . .	359
4. Die Befriedigung des Gläubigers während des maßgeblichen Zeitraums . . . . .	360
IV. Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	362
1. Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenzeröffnung . . . . .	362
2. Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger . . . . .	362
a) Die Insolvenzgläubiger . . . . .	362
b) Die absonderungsberechtigten Gläubiger . . . . .	362
c) Die Aussonderungsberechtigten . . . . .	363
d) Die Massegläubiger . . . . .	363
e) Die Neugläubiger des Schuldners . . . . .	364
3. Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen . . . . .	364
a) Die Insolvenzmasse und das insolvenzfreie Vermögen . . . . .	364
b) Das ausländische Vermögen des Schuldners . . . . .	365
4. Die vom Vollstreckungsverbot erfassten Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	366
a) Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen . . . . .	366
aa) Die einzelnen Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	366
bb) Die Heilung fehlerhafter Vollstreckungsakte . . . . .	367
cc) Die Zulässigkeit vorbereitender Handlungen der Zwangsvollstreckung . . . . .	367
b) Die Eintragung einer Sicherungshypothek in das Grundbuch . . . . .	368
c) Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung . . . . .	369
d) Die Zwangsvollstreckung wegen besonderer Ansprüche . . . . .	370
5. Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	370
a) Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO . . . . .	370
b) Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts . . . . .	370
V. Das Arbeitseinkommen des Schuldners . . . . .	371
1. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenzmasse . . . . .	371
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenzgläubiger . . . . .	371
a) Die Zulässigkeit der Pfändung vor Insolvenzeröffnung . . . . .	371
b) Die Unwirksamkeit der Pfändung nach § 91 Abs. 1 InsO . . . . .	372
c) Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Unterhaltsgläubiger . . . . .	373
3. Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens . . . . .	374
a) Das Verbot der Zwangsvollstreckung nach § 89 Abs. 2 InsO . . . . .	374
b) Die Pfändung durch einen Unterhaltsgläubiger . . . . .	375
VI. Die Besonderheiten der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung . . . . .	379
1. Die Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers . . . . .	379
2. Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens . . . . .	380

a)	Die Voraussetzungen der Einstellung nach § 30d ZVG	380
b)	Das Verfahren der Einstellung auf Antrag des Insolvenzverwalters	380
c)	Die Zinszahlungspflicht des Insolvenzverwalters nach § 30e ZVG	381
3.	Die Zwangsversteigerung auf Antrag des Insolvenzverwalters	382
a)	Die Besonderheiten der Insolvenzversteigerung nach § 172 ZVG	382
b)	Der Antrag des dinglich Berechtigten nach § 174 ZVG	383
c)	Der Antrag des Insolvenzverwalters nach § 174a ZVG	383
4.	Die Zwangsverwaltung im Insolvenzverfahren	385
9. Kapitel.	Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung	387
I.	Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO	387
1.	Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren	387
a)	Der persönliche Anwendungsbereich der §§ 94ff. InsO	387
b)	Die Prüfungsreihenfolge zur Aufrechnung	388
2.	Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387ff. BGB	389
a)	Die allgemeinen Voraussetzungen der Aufrechnung	389
b)	Die Besonderheiten in der Insolvenz der Personengesellschaft	389
3.	Die Wirkungen wirksam erklärter Aufrechnung	390
II.	Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO	391
1.	Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen	391
2.	Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 S. 3 InsO	392
3.	Die Aufrechnung bei unterschiedlichen Währungseinheiten	393
III.	Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO	393
1.	Die Fälle unzulässiger Aufrechnung	393
a)	Die Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen Masseansprüche	393
b)	Die künstlich hergestellte Aufrechnungslage	394
aa)	Das Verbot des Forderungshandels zu Lasten der Insolvenzmasse	394
bb)	Der Rückerwerb abgetretener Forderungen	395
c)	Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage	396
aa)	Der anfechtbare Forderungserwerb kraft Verfügungsgeschäft	396
bb)	Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage kraft Rechtsgeschäft	397
d)	Die Unzulässigkeit der Aufrechnung des Neugläubigers	398
e)	Die Zulässigkeit der Aufrechnung im internationalen Zahlungsraum	399
IV.	Die Anfechtbarkeit einer Aufrechnung vor Insolvenzeröffnung	402
V.	Die Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Forderungen	402
1.	Die Aufrechnung von Steuerforderungen	402
2.	Die Verrechnung von Sozialleistungsansprüchen	403
10. Kapitel.	Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse	405
I.	Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz	405
1.	Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen	405
2.	Die typischen Interessenlagen der Vertragsparteien	405
a)	Die Abwicklung nicht erfüllter gegenseitiger Verträge	405
b)	Die Erfüllung vormerkungsgesicherter Ansprüche	406
c)	Die Besonderheiten beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt	407
d)	Die Abwicklung von Dauerschuldverhältnissen	407
II.	Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103ff. InsO	408
1.	Der Begriff des gegenseitigen Vertrages	408
a)	Der gegenseitige Vertrag im Sinne des § 320 BGB	408

b) Die Erfassung gesetzlicher Schuldverhältnisse mit Gegenseitigkeitscharakter . . . . .	410
c) Die Unanwendbarkeit der §§ 103ff. InsO . . . . .	410
aa) Die Zugehörigkeit des Leistungsgegenstandes zur Insolvenzmasse . . . . .	410
bb) Der Gesellschaftsvertrag . . . . .	411
cc) Die banktypischen Vertragsverhältnisse . . . . .	411
dd) Die einseitig oder unvollkommen zweiseitig verpflichtenden Verträge . . . . .	412
2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung . . . . .	412
a) Der Begriff der vollständigen Leistungserfüllung . . . . .	412
aa) Die Erfüllung von Haupt- und Nebenleistungspflichten . . . . .	413
bb) Die nicht vollständige Leistungserfüllung bei mangelhafter Leistung . . . . .	416
b) Der Vertrag ist von einer Seite vollständig erfüllt . . . . .	417
aa) Die vollständige Leistung durch den Schuldner . . . . .	417
bb) Die vollständige Leistung durch den Vertragspartner . . . . .	417
c) Der Vertrag ist von keiner Seite vollständig erfüllt . . . . .	418
3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungs- ansprüche . . . . .	418
a) Die Entwicklung einer Dogmatik zu § 103 InsO . . . . .	418
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs . . . . .	420
aa) Die so genannte „Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 106, 236 . . . . .	420
bb) Die Differenzierung bei teilbarer Leistungserfüllung nach BGHZ 129, 336 . . . . .	422
cc) Die „modifizierte Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 150, 353 . . . . .	423
c) Die Wirkung der Insolvenzeröffnung gegenüber den Ansprüchen des Vertragspartners . . . . .	424
4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	425
a) Die deklaratorische Wahl der Nichterfüllung . . . . .	425
aa) Die Aufforderung des Vertragspartners nach § 103 Abs. 2 S. 2 InsO . . . . .	425
bb) Der Schadensersatzanspruch nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO . . . . .	426
b) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung . . . . .	428
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner . . . . .	428
bb) Die teilweise Leistung durch den Schuldner . . . . .	428
5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO . . . . .	429
a) Die konstitutive Wahl der Erfüllung . . . . .	429
b) Die Wirkungen der Erfüllungswahl . . . . .	430
aa) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Vertragspartners als Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	430
bb) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Insolvenzverwalters . . . . .	431
c) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung . . . . .	431
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner . . . . .	431
bb) Die Besonderheiten bei mangelhafter Leistung des Vertragspartners . . . . .	432
cc) Die teilweise Leistung durch den Schuldner . . . . .	432
dd) Die Vertragserfüllung bei beiderseits teilweiser Leistung . . . . .	432
6. Die Abwicklung besonderer Vertragsverhältnisse . . . . .	438
a) Die Abwicklung von Warentermin- und Finanztermingeschäften nach § 104 InsO . . . . .	438



b) Die Abwicklung von Wiederkehrschuldverhältnissen und insbesondere von Energielieferungsverträgen . . . . .	438
III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO . . . . .	439
1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB . . . . .	439
a) Das Sicherungsbedürfnis des künftigen Rechtsinhabers . . . . .	439
b) Der vormerkbare Anspruch nach § 883 Abs. 1 BGB . . . . .	440
c) Die Eintragung der Vormerkung nach § 885 BGB . . . . .	441
2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung . . . . .	441
a) Die Voraussetzungen des § 106 InsO . . . . .	441
aa) Die Wirksamkeit der Vormerkungsbestellung . . . . .	441
bb) Die mögliche Anfechtbarkeit der Vormerkung . . . . .	443
cc) Kein Erfordernis eines gegenseitigen Vertrages . . . . .	443
b) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Anspruchserfüllung und zur Vertragserfüllung . . . . .	444
3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag . . . . .	445
a) Der Bauträgervertrag als besonderer Vertrag . . . . .	445
b) Die Vertragserfüllung nach § 106 Abs. 1 S. 2 InsO . . . . .	445
c) Die Ansprüche des Vertragspartners . . . . .	446
IV. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt . . . . .	447
1. Die dogmatische Einordnung des Eigentumsvorbehalts in § 103 InsO . . . . .	447
a) Die Wesensmerkmale des Eigentumsvorbehalts . . . . .	447
b) Der Eigentumsvorbehalt als nicht erfüllter Vertrag . . . . .	447
2. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Käufers . . . . .	448
a) Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 Abs. 1 und § 107 Abs. 2 InsO . . . . .	448
b) Der Schadensersatzanspruch des Verkäufers nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO . . . . .	448
c) Das Recht des Verkäufers auf Aussonderung der Ware nach § 47 InsO . . . . .	448
3. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Verkäufers nach § 107 Abs. 1 InsO . . . . .	449
4. Die Sonderformen des Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz . . . . .	450
a) Die praktische Bedeutung von Erweiterungen des Eigentumsvorbehalts . . . . .	450
b) Der erweiterte Eigentumsvorbehalt . . . . .	451
c) Der weitergeleitete Eigentumsvorbehalt mit Abtretung des Anwartschaftsrechts . . . . .	451
d) Der nachgeschaltete Eigentumsvorbehalt . . . . .	452
e) Der Eigentumsvorbehalt mit Verarbeitungsklausel . . . . .	452
f) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt . . . . .	453
g) Die Verbindung verschiedener Eigentumsvorbehaltsformen . . . . .	454
V. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108ff. InsO . . . . .	455
1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen . . . . .	455
a) Die von § 108 InsO erfassten Rechtsverhältnisse . . . . .	455
b) Das Fortbestehen nach § 108 InsO . . . . .	456
c) Die Regelungssystematik der §§ 109ff. InsO . . . . .	456
aa) Die Unterscheidung nach Insolvenz des Mieters oder des Vermieters . . . . .	456
bb) Die Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Gebrauchsüberlassung . . . . .	456
cc) Die Regelungssystematik im Überblick . . . . .	456
2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO . . . . .	457

a)	Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter . . . . .	457
aa)	Das Rücktrittsrecht des Insolvenzverwalters oder des Vermieters . . . . .	457
bb)	Der Schadensersatzanspruch des Vermieters nach § 109 Abs. 2 S. 2 InsO . . . . .	458
cc)	Das taktische Verhalten des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 2 S. 3 InsO . . . . .	458
dd)	Die Vollziehung des Miet- oder Pachtverhältnisses . . . . .	459
b)	Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter . . . . .	459
aa)	Das besondere Kündigungsrecht des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 1 InsO . . . . .	459
bb)	Die Ansprüche des Vermieters nach Kündigung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	460
cc)	Die Kündigung durch den Vermieter . . . . .	461
c)	Die besondere Erklärung des Insolvenzverwalters bei Wohnraummiete . . . . .	461
aa)	Die Problemstellung für den Insolvenzverwalter und den Schuldner . . . . .	461
bb)	Die Erklärung nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO . . . . .	462
d)	Die Ansprüche des Vermieters bei Vertragserfüllung . . . . .	463
3.	Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters . . . . .	463
a)	Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter . . . . .	463
b)	Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter . . . . .	464
aa)	Die Fortdauer des Vertragsverhältnisses ohne Sonderkündigungsrecht . . . . .	464
bb)	Die Voraussetzungen über die Miete nach § 110 Abs. 1 InsO . . . . .	464
cc)	Die Aufrechnungsbefugnis des Mieters nach § 110 Abs. 3 InsO . . . . .	465
dd)	Die Rechte des Mieters nach Beendigung des Mietverhältnisses . . . . .	466
c)	Das Sonderkündigungsrecht des Erwerbers bei Veräußerung nach § 111 InsO . . . . .	466
4.	Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren . . . . .	470
a)	Die Nichterfüllung des Leasingvertrages nach § 103 InsO . . . . .	470
b)	Das Fortbestehen des refinanzierten Leasingkaufs nach § 108 Abs. 1 S. 2 InsO . . . . .	470
VI.	Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse im Insolvenzverfahren . . . . .	471
1.	Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren . . . . .	471
2.	Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick . . . . .	471
3.	Der Bestand des Arbeitsverhältnisses vor Insolvenzeröffnung . . . . .	472
a)	Die systematische Einordnung von Lohn- und Gehaltsforderungen . . . . .	472
b)	Der Anspruchsübergang bei Leistung von Insolvenzgeld . . . . .	473
4.	Die Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen nach § 113 S. 1 InsO . . . . .	474
a)	Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses . . . . .	474
aa)	Das Kündigungsrecht beider Teile . . . . .	474
bb)	Die Kündigungsfrist des § 113 S. 2 InsO . . . . .	475
cc)	Die Lohn- und Gehaltsforderungen als Masseverbindlichkeiten . . . . .	476
dd)	Der Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers . . . . .	477
b)	Die sachlichen Voraussetzungen wirksamer Kündigung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	478

aa) Das Vorliegen der individual-arbeitsrechtlichen Voraussetzungen . . . . .	478
bb) Der Kündigungsschutz bei Massenentlassungen . . . . .	478
cc) Das Beschlussverfahren zu Betriebsänderungen . . . . .	479
c) Die Vornahme von Entlassungen bei Betriebsübergang und § 613 a BGB . . . . .	479
5. Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen und Vornahme von Betriebsänderungen nach §§ 120 ff. InsO . . . . .	479
a) Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen durch den Insolvenzverwalter . . . . .	479
b) Der Anspruch auf Zustimmung zu Betriebsänderungen . . . . .	480
6. Der Sozialplan im Insolvenzverfahren nach § 123 InsO . . . . .	480
a) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Erstellung eines Sozialplans . . . . .	480
b) Der Sozialplan vor Insolvenzeröffnung . . . . .	480
c) Die Erstellung eines Sozialplans nach Insolvenzeröffnung . . . . .	481
7. Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO . . . . .	481
a) Die Regelungssystematik der §§ 115 bis 117 InsO . . . . .	481
b) Die von § 115 InsO erfassten Rechtsverhältnisse . . . . .	482
aa) Der Auftrag nach §§ 662 ff. BGB . . . . .	482
bb) Die Geschäftsbesorgung nach § 675 BGB . . . . .	482
cc) Der Kontovertrag als Sonderfall des § 116 S. 3 InsO . . . . .	483
dd) Die Vollmachtserteilung nach §§ 164 ff. BGB . . . . .	483
ee) Die Prokura nach §§ 48 ff. HGB . . . . .	483
c) Die Folgen der Insolvenzeröffnung . . . . .	484
aa) Das Erlöschen der Rechtsverhältnisse mit Insolvenzeröffnung . . . . .	484
bb) Das Schicksal von Aufwendungsersatz- und Vergütungsansprüchen . . . . .	484
d) Das Fortbestehen bei Notgeschäftsführung . . . . .	485
e) Der Schutz des gutgläubigen Auftragnehmers oder Bevollmächtigten . . . . .	485
11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung . . . . .	487
I. Der Zweck der Insolvenzanfechtung . . . . .	487
1. Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz . . . . .	487
a) Die Rückgängigmachung eines sachlich nicht gerechtfertigten Vermögenserwerbs . . . . .	487
b) Die actio Pauliana des römischen Rechts als Urbild der Insolvenzanfechtung . . . . .	488
c) Die Anfechtung in Konkurs und Gesamtvollstreckung . . . . .	488
d) Die Neuregelung des Anfechtungsrechts durch die Insolvenzordnung . . . . .	489
2. Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung . . . . .	489
3. Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes . . . . .	490
II. Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	492
1. Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO . . . . .	492
a) Der Anspruch auf Rückgewähr als schuldrechtlicher Verschaffungsanspruch . . . . .	492
aa) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verfügungsgeschäfts . . . . .	492
bb) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verpflichtungsgeschäfts . . . . .	493

b) Die ergänzende Anwendung bereicherungsrechtlicher Regelungen . . . . .	493
2. Der Streit um die Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs . . . . .	494
a) Die Theorien zum Anfechtungsanspruch . . . . .	494
b) Der Zeitpunkt des Entstehens des Anfechtungsanspruchs und sein Erlöschen . . . . .	496
3. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs . . . . .	497
a) Die Leistungsaufforderung des Insolvenzverwalters . . . . .	497
b) Die Erhebung der Anfechtungsklage . . . . .	498
c) Die Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger des Anfechtungsgegners nach § 145 InsO . . . . .	498
d) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs nach § 146 InsO . . . . .	499
4. Die Folgen der Anfechtung für den Anfechtungsgegner . . . . .	500
a) Das Wiederaufleben seines Anspruchs als Insolvenzforderung nach § 144 Abs. 1 InsO . . . . .	500
b) Die Rückerstattung der Gegenleistung nach § 144 Abs. 2 InsO bei Anfechtung von Verpflichtungsgeschäften des Schuldners . . . . .	502
III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen . . . . .	503
1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO . . . . .	503
a) Der Begriff der Rechtshandlung . . . . .	503
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners . . . . .	503
bb) Die Rechtshandlung eines Gläubigers gegen den Schuldner . . . . .	506
cc) Die Zwangsvollstreckungsmaßnahme als anfechtbare Rechtshandlung nach § 141 InsO . . . . .	506
dd) Das Unterlassen als Rechtshandlung nach § 129 Abs. 2 InsO . . . . .	507
b) Der für die Beendigung der Rechtshandlung maßgebliche Zeitpunkt . . . . .	508
aa) Die Grundnorm des § 140 Abs. 1 InsO . . . . .	508
bb) Der maßgebliche Zeitpunkt bei Grundstücksgeschäften nach § 140 Abs. 2 InsO . . . . .	509
cc) Der maßgebliche Zeitpunkt bei bedingten Rechtshandlungen nach § 140 Abs. 3 InsO . . . . .	513
dd) Die Beendigung einer Rechtshandlung nach Insolvenzeröffnung nach § 147 InsO . . . . .	514
2. Die Gläubigerbenachteiligung . . . . .	515
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Gläubigerbenachteiligung . . . . .	515
aa) Die Gläubigerbenachteiligung als kausale Folge der Rechtshandlung . . . . .	515
bb) Die Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Gläubigerbenachteiligung . . . . .	516
b) Das Bargeschäft nach § 142 InsO . . . . .	518
aa) Die Voraussetzungen des anfechtungsfesten Bargeschäfts . . . . .	518
bb) Die Anfechtbarkeit wegen Benachteiligungsvorsatz und unlauterem Handeln . . . . .	519
cc) Leistungen im Drei-Personen-Verhältnis . . . . .	520
IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände . . . . .	522
1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO . . . . .	522
a) Die allgemeine Unterscheidung zwischen kongruenter und inkongruenter Deckung . . . . .	522
aa) Die den Deckungsgeschäften gemeinsamen Tatbestandsmerkmale . . . . .	522
bb) Die Abgrenzung kongruenter von inkongruenter Deckung . . . . .	523

b)	Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1 InsO	526
aa)	Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners und die Kenntnis des Gläubigers	527
bb)	Die Kenntnis des Gläubigers vom Insolvenzantrag	527
c)	Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 131 Abs. 1 InsO	528
d)	Die konkrete Berechnung des für die Rechtshandlung maßgeblichen Zeitraums nach § 139 InsO	529
e)	Die Beweislastregeln und die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen	530
aa)	Die Beweiserleichterung bei Kenntnis von Umständen der Zahlungsunfähigkeit	530
bb)	Die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen nach § 138 InsO	531
2.	Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO	532
3.	Die Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO	533
a)	Rechtsentwicklung und Fallgruppen der Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO	533
b)	Die Tatbestandsvoraussetzungen der Vorsatzanfechtung	534
aa)	Die Rechtshandlung des Schuldners	534
bb)	Der Benachteiligungsvorsatz des Schuldners	535
cc)	Die Kenntnis vom Benachteiligungsvorsatz	536
dd)	Die Besonderheiten der Vorsatzanfechtung gegenüber nahestehenden Personen	538
4.	Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO	538
5.	Die Anfechtung von Gesellschafterleistungen nach § 135 InsO	540
a)	Das Gesellschafterdarlehen im Insolvenzverfahren	540
b)	Die Anfechtung der Besicherung nach § 135 Nr. 1 InsO	541
c)	Die Anfechtung der Rückzahlung nach § 135 Nr. 2 InsO	542
V.	Typische Fallgruppen einer Insolvenzanfechtung	546
1.	Der Abschluss von Zahlungsvereinbarungen mit dem Schuldner	546
2.	Die Zahlung des Schuldners zur Abwendung der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzantrags	548
a)	Die Zahlung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung nach BGHZ 155, 75	548
b)	Die Zahlung zur Abwendung eines Insolvenzantrags nach BGHZ 157, 242	550
3.	Die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner	551
a)	Die Zwangsvollstreckung als inkongruente Deckung	551
b)	Die Anfechtung der Pfändung auch nach bereits erfolgter Verwertung	552
4.	Die Insolvenzanfechtung im Grundstücksverkehr	553
a)	Die Anfechtung bei Grundstücksveräußerung	553
aa)	Der Aufbau einer anfechtungsrechtlichen Prüfung	553
bb)	Die Anfechtung des Eigentumserwerbs unter Berücksichtigung des § 140 Abs. 2 InsO	554
cc)	Die Anfechtbarkeit der Vormerkungsbestellung	554
dd)	Die Anfechtbarkeit des schuldrechtlichen Grundgeschäfts und § 144 Abs. 2 InsO	554
b)	Die Anfechtung der Bestellung von Grundpfandrechten	556
aa)	Die Anfechtung rechtsgeschäftlich bestellter Grundpfandrechte	556

bb) Die Anfechtung von Vormerkung und Sicherungshypothek im Wege der Zwangsvollstreckung . . . . .	557
c) Die Anfechtung der Einbeziehung ungesicherter Forderungen in eine offene Sicherheit . . . . .	558
<b>4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten . . . . .</b>	<b>561</b>
12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren . . . . .	561
I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens . . . . .	561
1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren . . . . .	561
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan . . . . .	563
a) Die Liquidation des schuldnerischen Unternehmens . . . . .	563
b) Die Sanierung des Unternehmens . . . . .	563
aa) Die übertragende Sanierung des Unternehmens . . . . .	565
bb) Die Sanierung des Unternehmens und des Unternehmensträgers . . . . .	566
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens . . . . .	569
II. Der Aufbau eines Insolvenzplans . . . . .	569
1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219ff. InsO . . . . .	569
2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO . . . . .	570
a) Der Bericht zu den Ursachen der Insolvenz und den weiteren Maßnahmen . . . . .	570
b) Die Darstellung des Ziels des Insolvenzplans . . . . .	571
c) Die Vergleichsrechnung . . . . .	571
d) Der beispielhafte Aufbau des darstellenden Teils . . . . .	573
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans . . . . .	574
a) Die obligatorische Gruppenbildung nach § 222 Abs. 1 InsO . . . . .	574
b) Die fakultative Gruppenbildung nach § 222 Abs. 2 InsO . . . . .	576
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221ff. InsO . . . . .	578
a) Die Änderung der Rechtsstellung der Beteiligten . . . . .	578
b) Die Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse nach § 228 InsO . . . . .	580
aa) Die Bestellung und Freigabe von Mobiliarsicherheiten . . . . .	580
bb) Die Abgabe grundstücks- und grundbuchrechtlicher Erklärungen . . . . .	581
cc) Die Abgabe gesellschaftsvertraglicher Erklärungen . . . . .	582
5. Weitere Festlegungen des Insolvenzplans . . . . .	583
a) Die Überwachung der Planerfüllung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	583
b) Die Festlegung eines Kreditrahmens nach § 264 InsO . . . . .	583
6. Die notwendigen Anlagen zum Insolvenzplan . . . . .	584
a) Die Vermögensübersicht nach § 229 InsO . . . . .	584
b) Die Erklärungen bei Unternehmensfortführung nach § 230 InsO . . . . .	585
III. Das Insolvenzplanverfahren . . . . .	585
1. Die Einbringung des Insolvenzplans . . . . .	585
a) Das Recht zur Planinitiative nach § 218 InsO . . . . .	586
aa) Das Planinitiativrecht des Schuldners . . . . .	586
bb) Das originäre Planinitiativrecht des Insolvenzverwalters . . . . .	586
b) Der Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit . . . . .	587
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin . . . . .	588
a) Die Vorprüfung durch das Insolvenzgericht nach § 231 InsO . . . . .	588
b) Die Einbeziehung der Beteiligten nach §§ 232ff. InsO . . . . .	589
c) Die Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins nach § 235 InsO . . . . .	590
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan . . . . .	590

a) Der Erörterungs- und Abstimmungstermin nach § 235 InsO . . .	590
b) Die Abstimmung über den Insolvenzplan . . . . .	591
c) Die zur Planannahme erforderlichen Mehrheiten nach § 244 InsO . . . . .	593
4. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO . . . . .	595
a) Der Zweck des Obstruktionsverbots . . . . .	595
b) Die Voraussetzungen der Zustimmungsfiktion nach § 245 Abs. 1 InsO . . . . .	595
aa) Das Verbot der Schlechterstellung nach § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	596
bb) Die angemessene Beteiligung nach § 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO	597
cc) Das Mehrheitserfordernis des § 245 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . .	598
5. Die Zustimmung nachrangiger Gläubiger nach § 246 InsO . . . . .	600
6. Die Zustimmung des Schuldners nach § 247 InsO . . . . .	601
7. Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach §§ 248 ff. InsO	602
a) Der Prüfungsumfang des Insolvenzgerichts . . . . .	602
b) Die Prüfung von Verfahrensverstößen nach § 250 InsO . . . . .	602
c) Der Minderheitenschutz nach § 251 InsO . . . . .	603
d) Die Bekanntgabe der Entscheidung nach § 252 InsO . . . . .	603
8. Die Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans nach §§ 254 ff. InsO	604
a) Die allgemeinen Wirkungen nach § 254 InsO . . . . .	604
b) Das Wiederaufleben von Forderungen nach § 255 InsO . . . . .	604
c) Die Berücksichtigung bestrittener Forderungen nach § 256 InsO . . . . .	605
d) Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan nach § 257 InsO . . . .	605
9. Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 258 InsO . . . . .	606
13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung . . . . .	609
I. Die Rechtsentwicklung zur Eigenverwaltung . . . . .	609
1. Die Eigenverwaltung als flexibles Instrument der Selbst- verwaltung . . . . .	609
2. Vorläufige Eigenverwaltung und Schutzschirmverfahren . . . . .	609
3. Die künftige Entwicklung der Eigenverwaltung . . . . .	611
II. Das vorläufige Eigenverwaltungsverfahren . . . . .	612
1. Der Antrag des Schuldners . . . . .	612
a) Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	612
aa) Der Antrag auf Zulassung zur Eigenverwaltung . . . . .	612
bb) Keine Beeinträchtigung der Gläubiger . . . . .	613
b) Die vorläufige Eigenverwaltung nach § 270a InsO . . . . .	614
c) Das so genannte Schutzschirmverfahren nach § 270b InsO . . . .	614
2. Die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen . . . . .	616
3. Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten . . . . .	617
a) Die Rechte und Pflichten des Schuldners im Eröffnungsverfahren . . . . .	617
b) Die Rechtsstellung des vorläufigen Sachwalters . . . . .	617
c) Die Begründung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	618
4. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung . . . . .	620
a) Die Anordnung durch das Insolvenzgericht . . . . .	620
b) Die Anordnung der Eigenverwaltung auf Beschluss der Gläubigerversammlung . . . . .	620
5. Die Aufhebung der Eigenverwaltung . . . . .	621
III. Die Rechtsstellung der Verfahrensbeteiligten in der Eigenverwaltung . .	622
1. Die Befugnisse und die Pflichten des Schuldners . . . . .	622
a) Die vermögensrechtlichen Befugnisse des Schuldners . . . . .	622
aa) Die Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts . . . . .	623
bb) Die Zustimmungsbefähigung nach § 276 InsO . . . . .	623

b) Die insolvenzspezifischen Aufgaben und Befugnisse des Schuldners	624
2. Die Rechtsstellung des Sachwalters	625
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren	627
I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung	627
1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation	627
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht	628
a) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts	628
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung	628
c) Die Redlichkeit des Schuldners als sachliche Voraussetzung einer Restschuldbefreiung	629
d) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich	630
3. Die Reform des Restschuldbefreiungsverfahrens mit Wirkung zum 1. Juli 2014	631
II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens	631
1. Der Verfahrensablauf im Überblick	631
2. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Personenkreis	632
3. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens	633
a) Die Durchführung eines Regel- oder eines Verbraucherinsolvenzverfahrens	633
4. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung	634
a) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen	634
aa) Die Form der Antragstellung	634
bb) Der Zeitpunkt der Antragstellung	634
b) Die Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	635
c) Die Dauer der Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	636
d) Vorschlag eines geeigneten Treuhänders	638
5. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung nach § 287a InsO	638
a) Der Zweck der Entscheidung	638
b) Zulässigkeit und Begründetheit des Restschuldbefreiungsantrags	638
c) Die Sperrfristen nach § 287 a Abs. 2 InsO	639
d) Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	640
e) Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung	640
6. Der Ablauf des Restschuldbefreiungsverfahrens	641
a) Die Entscheidung des Gerichts nach dem Schlusstermin	641
b) Die Einziehung und Verteilung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	641
c) Die rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger	643
d) Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO	644
aa) Verpflichtung zu angemessener Erwerbstätigkeit	644
bb) Verpflichtung zur Abgabe nachlassrechtlicher Vermögenserwerbs	646
cc) Meldepflichten gegenüber dem Treuhänder	646
dd) Verbot von Sonderzahlungen an die Gläubiger	646
ee) Überwachung des Schuldners nach § 292 Abs. 2 InsO	646
7. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	647
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der regelmäßigen Abtretungsfrist	647
b) Die Erteilung der Restschuldbefreiung bei Fehlen von Insolvenzgläubigern oder vollständiger Befriedigung	647
c) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach fünf Jahren und Deckung der Kosten	648



d)	Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren und 35 Prozent Gläubigerbefriedigung . . . . .	648
8.	Die Wirkungen der Restschuldbefreiung . . . . .	651
a)	Die Umwandlung der Insolvenzforderungen in Naturalobligationen . . . . .	651
b)	Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen . . . . .	651
III.	Die Versagung der Restschuldbefreiung . . . . .	655
1.	Überblick . . . . .	655
2.	Die Versagung der Restschuldbefreiung im Insolvenzverfahren . . . . .	655
a)	Antragsrecht eines Insolvenzgläubigers . . . . .	655
b)	Zeitpunkt der Antragstellung . . . . .	656
c)	Die Gründe einer Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 Abs. 1 InsO . . . . .	657
aa)	Allgemeine Grundsätze zu den Versagungstatbeständen . . . . .	657
bb)	Die Versagungstatbestände im Einzelnen . . . . .	657
d)	Glaubhaftmachung des Versagungsgrundes . . . . .	660
e)	Entscheidung des Gerichts . . . . .	661
3.	Die Versagung der Restschuldbefreiung während des Abtretungszeitraums . . . . .	661
a)	Die Obliegenheitsverletzung des Schuldners nach § 296 InsO . . . . .	661
b)	Die Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat nach § 297 InsO . . . . .	663
c)	Die fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 298 InsO . . . . .	664
d)	Die Folgen der Versagung der Restschuldbefreiung . . . . .	665
4.	Der Widerruf der Restschuldbefreiung nach § 303 InsO . . . . .	665
15. Kapitel.	Das Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	667
I.	Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz . . . . .	667
1.	Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenz- verfahren . . . . .	667
2.	Der Verfahrensablauf im Überblick . . . . .	668
II.	Das Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	669
1.	Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung . . . . .	669
a)	Der wesentliche Inhalt des Antrags . . . . .	670
aa)	Die Bestimmung der Verfahrensart . . . . .	670
bb)	Der Antrag auf Gewährung von Kostenstundung . . . . .	670
b)	Die Form des Insolvenzantrags . . . . .	670
c)	Die inhaltlichen Erfordernisse des § 305 Abs. 1 InsO . . . . .	671
aa)	Der Nachweis über das Scheitern außergerichtlicher Schuldenbereinigung . . . . .	671
bb)	Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung . . . . .	675
cc)	Das Vermögensverzeichnis und das Gläubigerverzeichnis . . . . .	675
dd)	Der Schuldenbereinigungsplan . . . . .	676
d)	Mängel des Antrags und Mängelbeseitigung nach § 305 Abs. 3 InsO . . . . .	677
2.	Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung . . . . .	678
a)	Das Antragsrecht des Gläubigers nach § 13 InsO . . . . .	678
b)	Die Aufforderung des Schuldners zur eigenen Antragstellung . . . . .	678
3.	Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren . . . . .	679
a)	Die Entscheidung des Gerichts über Durchführung des Verfahrens . . . . .	679
b)	Das Ruhen des Eröffnungsverfahrens nach § 306 Abs. 1 InsO . . . . .	680
c)	Die Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen . . . . .	680
d)	Die Zustellung des Schuldenbereinigungsplans an die Gläubiger . . . . .	681

aa)	Die zuzustellenden Schriftstücke	681
bb)	Die Notfrist für die Gläubiger nach § 307 Abs. 1 InsO	681
e)	Die Änderung des Plans durch den Schuldner nach § 307 Abs. 3 InsO	682
f)	Die Annahme des Schuldenbereinigungsplans	682
g)	Die Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplans	683
aa)	Die Wirkung eines Prozessvergleichs nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	683
bb)	Das Erlöschen von Forderungen der Gläubiger nach § 308 Abs. 3 InsO	684
4.	Die Zustimmungsersetzung nach § 309 InsO	685
a)	Die Bedeutung und der Zweck der Vorschrift	685
b)	Der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung widersprechender Gläubiger	685
c)	Die sachlichen Voraussetzungen der Zustimmungsersetzung	686
aa)	Die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 1 InsO	686
bb)	Die angemessene Beteiligung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 InsO	687
cc)	Die wirtschaftliche Stellung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 InsO	688
dd)	Der Ausschluss der Zustimmungsersetzung nach § 309 Abs. 3 InsO	690
d)	Das Verfahren der Zustimmungsersetzung	691
aa)	Die Anhörung der Beteiligten	691
bb)	Die Entscheidung des Gerichts	691
cc)	Die Anfechtung der Entscheidung	691
e)	Die Wirkungen der Zustimmungsersetzung	691
5.	Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	694
<b>Stichwortverzeichnis</b>		<b>695</b>

bookshop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG